

Hochstrittig

Über die politische Funktion von Neutralität in sozialen Institutionen

Seit sieben Jahren lebe ich getrennt vom Vater meiner Kinder, die heute sieben und neun Jahre alt sind. Drei dieser Jahre gab es keinen Kontakt — der Vater hatte ihn abgebrochen. Als es schließlich zu Gerichtsverfahren kam, wurde eine Beratungsstelle eingeschaltet, die die Annäherung zwischen Vater und Kindern begleiten sollte: erste Kontakte, erste Begegnungen, eine Einschätzung der Familiensituation. Wie wirkten die Kinder? Wie der Vater? Was zeigte sich in der Dynamik? Am Ende sollte ein Bericht stehen — für das Gericht, zur Einschätzung.

Ich habe diesen Bericht gelesen. Und darin stand ein Wort, das mich bis heute irritiert: Hochstrittig.

So wurde unsere Situation beschrieben. Nicht in einem Gespräch, nicht als flüchtiger Eindruck — sondern schriftlich, verwertbar, für einen Folgetermin vor Gericht. Wir seien ein hochstrittiges Elternpaar. Das war der Befund.

Ich habe versucht zu verstehen, wie dieses Wort entstehen konnte. Diese Menschen waren dabei. Sie haben gehört was gesagt wurde, sie haben gesehen wer die Termine verlassen hat, sie wussten, dass irgendwann in diesem Prozess eine zweite Mitarbeiterin anwesend sein sollte, zur Sicherheit, aus Angst vor den Aggressionen des Vaters. Und trotzdem stand da in dem Bericht: hochstrittig. So neutral, als hätte sich das Eskalieren, das Aushalten, das Bemühen gleichmäßig auf beide Seiten verteilt. Als wäre nicht erkennbar gewesen, wer die Spannungen erzeugt hat — und wer sie getragen hat.

Ich habe das nicht verstanden — und ich verstehe es, in gewisser Weise, bis heute nicht. Was ich damals spürte war nicht nur Verwirrung, sondern etwas Schärferes: dass diese Formulierung schädlich ist. Dass sie das Erlebte nicht nur nicht abbildet, sondern sogar verzerrt.

Das ist, unter anderem, der Anlass dieses Textes.

Es gab parallel noch eine andere Erfahrung, die dasselbe Muster zeigt, nur von einer anderen Seite:

Mein älterer Sohn war therapeutisch angebunden. Anlass waren Verhaltensweisen und körperliche Symptome. Auffälligkeiten, die möglicherweise auf die Erfahrungen rund um Trennung, Kontaktabbruch und Gewaltbedrohung durch den Vater zurückzuführen waren. Der Therapeut kannte meinen Sohn schon lange, als der Vater mit einer Klage plötzlich wieder in unser Leben trat. Er wusste wo mein Sohn stand, welche

Entwicklungsschritte er gegangen war, wie er die Erfahrungen verarbeitete, welche Spuren sie hinterlassen hatten, was ihn belastete und was ihn trug. Er hätte benennen können, was diesem Kind aus seiner Sicht in dieser Situation gutgetan hätte — und was nicht. Nicht als abstrakte Empfehlung, sondern konkret: eine fachliche Einschätzung die aus der Kenntnis genau dieses Kindes und seiner Geschichte gewachsen war.

Meine Erwartung war naheliegend: eine staatlich finanzierte, lange etablierte therapeutische Begleitung, deren Anlass unmittelbar mit den Erfahrungen zusammenhing die auch Gegenstand der Gerichtsverfahren waren — diese Einschätzung würde doch eine zentrale Rolle spielen, würde doch verwertbar sein, zumindest mittelbar.

Doch das war sie nicht.

Die Berichte der Therapeuten gingen damals (2023) ausschließlich an den Leistungsträger, das Jugendamt. Nicht an mich. Nicht ans Gericht. Ob diese Berichte vor Gericht eine Rolle spielen würde, entschied allein der Leistungsträger.

Was bei einem entscheidenden Gerichtstermin tatsächlich passierte: die zuständige Jugendamtsmitarbeiterin war nicht im Dienst. Eine Vertretung kam — und las die Akte erstmalig im Flur, während wir auf den Beginn der Verhandlung warteten. Und benannte diese ungünstigen Arbeitsbedingungen. Er las vielleicht zehn Minuten und beobachtete die Kinder, die freudig die vom Vater mitgebrachten Geschenke entgegennahmen. Selbst wenn jemand hätte einbringen wollen was die Therapeuten wussten — strukturell war es in diesem Moment schlicht nicht möglich.

Inzwischen hat sich die Praxis geändert. Die Berichte der Therapeuten gehen heute nicht mehr ausschließlich an das Jugendamt — ich erhalte sie auch, als gesetzliche Vertretung meiner Kinder. Ich könnte sie, theoretisch, vor Gericht einbringen. Da es aktuell kein Verfahren gibt, hilft es mir nichts.

Und sie würden mir aus einem anderen Grund nicht helfen, denn, was mich an diesen Berichten erschüttert, ist die vorgeschriebene Haltung. Die Institutionen seien angehalten, neutral zu formulieren — so wurde es mir aus diesem Kontext heraus bestätigt, im Ringen um die richtige Formulierung, in Kenntnis der Zusammenhänge, oder juristisch gesprochen: des Sachverhalts. Und das werde kollegial geprüft, bevor ein Bericht die Einrichtung verlässt.

Damit war das Erleben wieder da, das ich aus dem anderen Kontext schon kannte: das ist potenziell schädlich, eine Verzerrung zugunsten der potenziell schädigenden Seite, da deren Auswirkungen in neutraler Sprache unsichtbar bleiben.

Und damit war die Frage wieder da— woher kommt dieser Auftrag zur Neutralität, und was bedeutet er konkret?

Woher kommt der Auftrag zur Neutralität — und für wen wurde er entwickelt?

Soziale Institutionen, die mit Familien in belasteten oder strittigen Konstellationen tätig sind, arbeiten häufig unter einer expliziten oder impliziten Vorgabe: neutral zu berichten. Berichte sollen keine Partei ergreifen, keine Wertungen enthalten, beide Seiten gleichgewichtig abbilden. Das klingt zunächst vernünftig. Aber woher kommt diese Vorgabe — und für welche Situationen wurde sie eigentlich entwickelt?

Die eine Wurzel liegt im Rechtskontext. Berichte, die in familienrechtlichen Verfahren verwertet werden sollen, unterliegen dem Grundsatz der Unparteilichkeit. Ein Bericht der erkennbar eine Seite bevorzugt, kann vor Gericht als befangen zurückgewiesen werden — und verliert damit seinen Wert als Dokument. Die Logik ist nachvollziehbar: ein Schiedssystem braucht unparteiische Grundlagen. Das Problem ist die stille Übertragung dieser Logik auf Kontexte, die keinen Schiedsauftrag haben, sondern einen Schutzauftrag. Eine Beratungsstelle, die mit einer Familie arbeitet, ist kein Gericht. Sie ist kein neutraler Dritter zwischen zwei gleichwertigen Parteien. Sie hat — zumindest dem Anspruch nach — die Aufgabe, Schutz und Unterstützung zu gewährleisten. Wenn sie dennoch wie ein Schiedsorgan berichtet, hat sie ihren eigenen Auftrag bereits verlassen, ohne es zu benennen.

Die zweite Wurzel ist weniger sichtbar, aber mindestens ebenso wirksam: institutioneller Selbstschutz. Eine Institution, die in einem Bericht Position bezieht, macht sich angreifbar — von der betroffenen Partei, von Vorgesetzten, von Gericht, von der Öffentlichkeit. Neutralität ist in diesem Sinne nicht nur eine fachliche Haltung, sondern eine Schutzstrategie des Systems selbst. Wer nichts bewertet, kann für seine Bewertung nicht angegriffen werden. Was dabei systematisch aus dem Blick gerät: dass diese Strategie die Kosten nicht eliminiert, sondern nur verlagert — weg von der Institution, hin zu denjenigen, die auf eine klare Einschätzung angewiesen wären.

Beide Wurzeln teilen eine Grundannahme, die selten ausgesprochen wird: dass die Situation, über die berichtet wird, grundsätzlich eine zwischen Gleichen ist. Zwei Parteien, ein Konflikt, eine Mitte. Was passiert, wenn diese Annahme nicht stimmt — wenn keine Mitte existiert, weil keine Gleichheit existiert — das ist die eigentliche Frage.

Was Neutralität in der Sprache tut — und was sie dabei verschweigt

Sprache verteilt. Auch dann, wenn sie das nicht will — oder gerade dann, wenn sie vorgibt es nicht zu tun.

Ein fiktives plakatives Beispiel zur Illustration (nicht unser Fall): Eine Frau war fünfmal infolge von Verletzungen durch ihren Partner im Krankenhaus. Der Bericht über die Situation des Paares könnte lauten: hochstrittiges Elternpaar. Beide Sätze könnten in derselben Akte stehen. Der erste ist ein Fakt, ein Sachverhalt — keine Wertung, keine Parteinahme, schlicht das was passiert ist. Der zweite Satz klingt neutral. Er ist es nicht. Er verteilt Verantwortung gleichmäßig auf beide Seiten. Er macht unsichtbar, wer verletzt hat und wer verletzt wurde. Er simuliert Symmetrie wo keine ist.

Das ist die Verwechslung die im Kern des Problems liegt: Sachverhalte zu benennen wird mit Parteilichkeit gleichgesetzt. Also weicht das System aus — in eine Sprache die niemanden bewertet, niemanden benennt, niemanden verantwortlich macht. Die Folge ist keine Neutralität. Es ist eine Verzerrung: zugunsten der Seite deren Auswirkungen in dieser Sprache unsichtbar bleiben.

Ein Bericht der schreibt, die Frau war fünfmal im Krankenhaus wegen der Verletzungen die ihr durch ihren Partner zugefügt wurden, wertet nicht. Er beschreibt. Was die Lesenden daraus schließen — das ist ihre Sache, nicht die des Berichts. Aber selbst dieser Schritt, das Benennen des Faktischen, wird vermieden. Weil er unbequem ist. Weil er eine Richtung hat. Weil Neutralität offenbar bedeutet: keine Richtung, auch dann nicht, wenn die Fakten eine haben.

Eine Institution die einen Schutzauftrag hat, müsste meiner Meinung nach eigentlich noch über das Benennen von Fakten hinausgehen. Sie hat Fachlichkeit — das ist ihr Handwerk. Einzuschätzen was bestimmte Kontexte, Handlungsmuster, Systemdynamiken, schlicht, was der jeweilige Sachstand bedeutet, für die jeweiligen Beteiligten. Unter welchen Bedingungen, welche Entwicklungen begünstigt werden. Und was es braucht damit es gut wird.

Das ist keine Parteinahme. Das ist professionelle Einordnung.

Neutralität ist eine politische Entscheidung — auch wenn sie sich als keine ausgibt

Dabei gilt im Politischen ein Gedanke der hier unmittelbar greift: Wer sich neutral verhält zu bestehenden Verhältnissen, verhält sich nicht neutral. Er lässt unangetastet was ist — und bestärkt damit das was besteht, egal in welche Richtung es läuft. Neutralität ist keine Nicht-Entscheidung. Sie ist eine Entscheidung für den Status quo.

Was bedeutet es für den Auftrag der neutralen Sprache in Institutionen? Fakten, die als solche maximal neutral, und damit strukturell verzerrt, benannt werden. Oder ganz unter den Tisch fallen, weil sie nicht neutral formulierbar sind. Auswirkungen der

konkreten Konstellationen und Dynamiken, die unbenannt bleiben. Das produziert Berichte, die auch in Entscheidungsinstanzen keine Wirkkraft haben können, weil sie nichts benennen.

Ist das Resultat nicht das gleiche wie im Politischen? Das Bestärken der bestehenden Verhältnisse — solange sie nicht strafrechtlich relevant werden?

Ist es nicht ein Maulkorb für die Institutionen? Einer der ihre eigentliche Fachlichkeit untergräbt und zum Schweigen bringt? Denn was droht einer Institution die sich diesem Auftrag widersetzt — die ggf. aus voller Fachlichkeit heraus benennt was sie sieht? Im besten Fall wird der Bericht zurückgegeben. Neu schreiben, bitte, neutral diesmal. Im schlechteren Fall steht mittelfristig die Finanzierung zur Disposition. Der Leistungsträger entscheidet. Der Staat entscheidet. Das Halsband hat Spikes — und alle wissen es. Hat nicht Soziale Arbeit genau hier einen Auftrag?

Und die Funktion dieser strukturell fachlich beschnittenen Berichte? Auf mich wirkt es wie Make-up. Eine Fachkraft hat draufgeschaut. Aber nichts gesagt — weil sie neutral war. Ein Schein von Fachlichkeit, ohne ihre Substanz, eigentlich: ein Legitimationsritual.

Wer benennt, wird zum Problem — die Verzerrung und ihre Konsequenzen

Was neutrale Sprache mit Betroffenen macht, zeigt sich nicht nur in Berichten. Es zeigt sich darin, wie auf diejenigen reagiert wird, die die Verzerrung benennen.

Ich habe benannt. Ich habe nachgefragt, widersprochen, auf Unstimmigkeiten hingewiesen. Ich habe gesagt: das bildet nicht ab was ich erlebt habe. Hier ist ein Widerspruch zum Auftrag. Das ist eine Verzerrung. Und was passierte? Ich wurde zum Problem geframt: Zu anspruchsvoll. Zu kompliziert. Zu genau. Vielleicht sogar übergriffig. Die Sprache die mein Erleben unsichtbar machte, machte gleichzeitig mein Benennen dieses Erlebens sichtbar — als Störung. Als einzige Störung.

Das ist kein Zufall. Es ist die logische Konsequenz. Wer in einem System das Neutralität verordnet auf Asymmetrie hinweist, verstößt gegen die Spielregeln. Nicht weil er falsch liegt — sondern weil er die Illusion stört. Die Illusion, dass es eine Mitte gibt. Dass beide Seiten gleichgewichtig sind. Dass der Bericht das abbildet was erlebt wurde.

Die Verzerrung kehrt sich damit um. Nicht das Verhalten das Schaden angerichtet hat wird problematisiert. Sondern das Benennen dieses Verhaltens. Wer schweigt bleibt unauffällig. Wer spricht wird zur schwierigen Partei. Das ist die konkrete politische Wirkung neutraler Sprache auf diejenigen die sie betrifft.

Genau deshalb lohnt es sich zu fragen, wie es anders gehen könnte und was es dafür bräuchte.

Was zu tun wäre — und was es kostet

Die eigentliche Lösung wäre ein hochpolitischer Akt: die verordnete Neutralität aus fachlicher Überzeugung zurückzuweisen. Nicht als Regelverstoß, sondern als professionelle Haltung — als Entscheidung, den eigenen Schutzauftrag ernst zu nehmen, der strukturell mit dem institutionellen Auftrag zur Neutralität kollidiert. Das würde Mut erfordern. Von einzelnen Fachkräften, die riskieren als schwierig zu gelten. Von Institutionen, die riskieren dass ihre Berichte zurückgegeben werden — oder dass ihre Finanzierung mittelfristig zur Disposition steht. Es wäre kein kleiner Schritt. Aber wer ihn ginge, gäbe Betroffenen die Anerkennung ihrer Wahrnehmung zurück — und den Sachstand als das was er ist, indem die Verzerrung nicht umgekehrt würde, sondern indem sie aufgehoben würde. Die Institution gewänne ihre Fachlichkeit zurück. Und ihren Schutzauftrag.

Berichte haben drei Ebenen die sie abbilden könnten: Fakten, Wahrnehmungen der Beteiligten, und fachliche Einschätzung des Gesamtbildes. Das Mindeste wäre schon in der jetzigen Form möglich. Fakten benennen — was ist passiert, was wurde gesagt. Wörtliche Rede einführen: was hat das Kind erzählt, was hat der Vater berichtet, was die Mutter. Ambivalenzen aushalten und abbilden — hier habe ich das gehört, dort das, mein Eindruck ist dieser. Nicht Symmetrie simulieren, sondern Vielstimmigkeit, Widersprüchlichkeit sichtbar machen. Das wäre keine Parteinahme. Das wäre Fachlichkeit.

Der Einwand liegt nahe: Berichte würden länger, das System ist bereits überlastet. Das ist ein realer Preis — und er verdient Anerkennung. Aber hinter diesem Einwand steckt eine Annahme die selten ausgesprochen wird: dass Familiensysteme, wenn man sie nur richtig handhabe, eigentlich überschaubar sein könnten. Dass ein guter Bericht knapp sein darf. Dass Komplexität ein Zeichen von Unordnung ist, nicht von Wirklichkeit.

Die Berichte sollen in einer Logik geschrieben werden, die ich aus dem Casemanagement kenne: für ein System, das Komplexität reduzieren, Fälle steuern und handhabbar machen will. Soziale Probleme werden zu individuellen Fällen, diese Fälle werden gemanagt — strukturelle Ursachen fallen heraus. Was bleibt ist Prozesssteuerung. Was wegfällt ist Verstehen.

Lebensrealitäten sind aber doch nicht komplex weil Beteiligte es kompliziert machen; sie sind komplex, weil sie es sind. Alles andere wäre Fiktion.

Die Frage die sich am Ende stellt: Was kostet langfristig mehr und wen kostet was— die Komplexität abzubilden, oder Berichte zu produzieren die so tun als existiere sie nicht, während die Situation der Betroffenen sich unterdessen potenziell weiter zuspitzt?

Das Wort hochstrittig ist nicht nur eine Beschreibung. Es ist eine Entscheidung darüber, wie Wirklichkeit lesbar gemacht wird.

Wer die Fiktion der Neutralität und Unkomplexität rechtfertigt — in Haltung, Sprache und Wirkung — schützt das System, nicht die Menschen darin. Produziert Ordnung auf dem Papier und Chaos im Leben der Betroffenen. Betreibt Verwaltung. Keinen Schutz.

Die Verzerrung die ich beschrieben habe ist kein persönliches Versagen. Sie ist Struktur. Sie ist der Auftrag. Und solange das so ist, wird das Benennen von Fakten und Wahrnehmungen immer als Störung erscheinen — nie als das was es ist: der eigentliche Anfang von Schutz.

Was Schutz braucht ist Benennung. Die Bereitschaft hinzuschauen, auszuhalten was man sieht, und es aufzuschreiben. Auch wenn es unbequem ist. Gerade dann.